

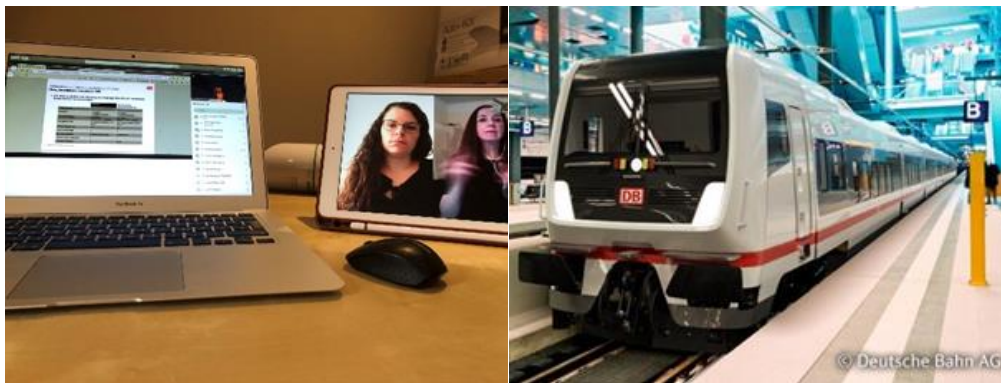
Berlin, 22.12.2020

Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Oktober, November und Dezember 2020

Online-Sitzungen der programmbegleitenden Arbeitsgruppe zur Barrierefreiheit der Deutschen Bahn AG am 20.08.2020 und 23.09.2020

Am 20. August 2020 fand eine Online-Konferenz mit der Deutschen Bahn (DB) statt, an der Hans-Jürgen Kleefeldt zusammen mit Dolmetscherinnen (alle im Home-Office) teilnahm.

Es sollen in den nächsten Jahren mehrere ICE beschafft werden. Der neue ICE 3neo (Kompromiss zwischen ICE 3 und ICE 4) soll das Flaggschiff der Deutschen Bahn werden. Dieser ICE soll mehr Sitzplätze bekommen und schneller fahren. Das besondere Merkmal ist der neue erleichterte Einstieg für Rollstuhlfahrer/-innen. Für Gehörlose und Schwerhörige ändert sich außer verbesserten Anzeigetafeln in den Zügen nicht viel. Weitere Details sollen bei einer weiteren Konferenz vorgestellt werden.



Fotos: HJK

In einer weiteren Video-Konferenz am 23. September 2020 ging es um Details wie die Weiterentwicklung der ICE 4 und der ECx und um Veränderungen in den Bahnhöfen. Durch den ECx werden die alten Intercity-1-Züge abgelöst. Auch hier werden für Rollstuhlfahrer/-innen bezüglich Barrierefreiheit neue Maßstäbe gesetzt – es soll einen stufenlosen Einstieg geben. Auf den Bahnhöfen sollen viele Verbesserungen eingeführt werden, wie Bahnsteigerhöhungen (erleichterter Einstieg in die Züge), verbesserte Ansagen und bessere Servicestellen. Über WLAN kann man in den Zügen ins Internet gehen. Allerdings wird es immer noch Funklöcher in ländlichen Gegenden geben, wo eine Verbindung nicht funktioniert oder unterbrochen wird. Die Videofilme haben leider keine Untertitelung. Die DB will nächstes Jahr eine Ausschreibung durchführen und die neuen Betreiber dazu verpflichten, die Filme künftig mit Untertitelungen anzubieten. In den Bahnhöfen soll es bessere Informationsstandorte geben, bei denen Informationen künftig auch in Gebärdensprache verfügbar sein sollen – durch Avatare oder Angestellte der DB, die DGS können.

Die Gespräche werden weitergeführt. Durch die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Schwerhörigenbund, dem Deutschen Gehörlosen-Bund und der DB wie auch allen Behindertenverbänden ist die App „DB Barrierefreiheit“ entwickelt worden, die weiter verbessert wird. (HJK)

Jurysitzung für den Bundesteilhabepreis 2020 am 01.10.2020 und 02.10.2020

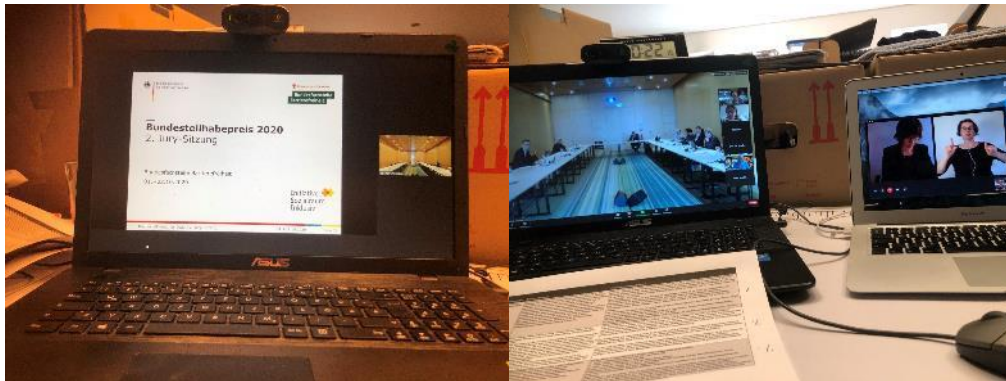
Am 1. und 2. Oktober 2020 gab es eine Hybrid-Veranstaltung (Präsenz und Videokonferenz) zum Thema „Perspektive auch in Corona-Zeiten: Barrierefrei reisen in Deutschland“. Zwölf Juror/-innen wurden eingeladen, darunter auch Hans-Jürgen Kleefeldt vom DGB, der Steffen Helbing vertrat. Der Anlass für die Veranstaltung war die Verleihung des Bundesteilhabepreises 2020, für den sich 56 Bewerber/-innen aus den Bundesländern und Städten, aus Vereinen und Instituten aufgestellt hatten, um Projekte zu barrierefreiem Reisen zu präsentieren.

Mithilfe einer Excel-Tabelle wurden die 56 Beiträge am ersten Tag durch Diskussionen auf 25 Beiträge reduziert. Am zweiten Tag ging es weiter und es waren noch zwölf Beiträge im Rennen. Am Ende

wurden drei Beiträge ausgesucht. Am 30. November 2020 wurden der erste, zweite und dritte Preis verliehen.

Die drei Gewinner sind der Fachbereich Teutoburger Wald Tourismus der OstWestfalenLippe GmbH (Projekt: Leistungsketten für barrierefreies Reisen, 1. Preis), die contagt GmbH (Projekt: Stadtführung für Alle, 2. Preis) und die Erfurt Tourismus und Marketing GmbH (Projekt: Erfurt erlebbar für Alle – barrierefreie Urlaubsinspiration, 3. Preis).

Interessant ist der Gewinner des 2. Preises: Per App können die kulturellen Sehenswürdigkeiten auch in Gebärdensprache angeschaut werden. (HJK)



Fotos: HJK

Telefongespräch mit dem NRW-Innenministerium über die Notruf-App des Bundes am 02.10.2020

Am 02.10.2020 telefonierte Daniel Büter, Referent für politische Arbeit, über den Relay-Dienst „Telesign“ fast eine Stunde lang mit Herrn Heyer vom Ministerium des Innern des Landes NRW und besprach mit ihm den aktuellen Sachstand der Entwicklung der Notruf-App des Bundes. Herr Heyer teilte mit, dass das Gerichtsverfahren in der Vergabekammer in Köln nun beendet und ein Vertrag mit der Bevuta IT GmbH aus Köln bereits abgeschlossen ist. Die Arbeiten zur Entwicklung der Notruf-App des Bundes haben begonnen. Das System selbst befindet sich noch im Aufbau und in der Projektanfangsphase. Die Notruf-App des Bundes soll erst im ersten Quartal 2021 fertig gestellt werden. Über die Funktionalität der Notruf-App des Bundes, die den Namen „Salus“ trägt und von der Bevuta IT GmbH entwickelt und produziert wird, wissen wir noch immer überhaupt nichts. Das Innenministerium des Landes NRW hat am 24.09.2020 seinen ersten Newsletter bezüglich des bundesweiten Notruf-App-Systems versandt und wird zukünftig etwa alle zwei Monate per Newsletter über aktuelle Entwicklungen informieren.



Die Notruf-App des Bundes ist auch nach sieben Jahren bis jetzt noch immer nicht verfügbar. Für uns, den Deutschen Gehörlosen-Bund, bedeutet dies eine große Enttäuschung. Wir verstehen immer noch nicht, warum das Ministerium des Innern des Landes NRW hinsichtlich der Beratung und Begleitung und des Testens der Notruf-App des Bundes nur mit dem Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben für Menschen mit Sinnesbehinderungen (KSL.NRW) zusammenarbeitet. Als bundesweiter Dachverband und Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderungen in Deutschland würden wir gern mit dem Innenministerium kooperieren, um Beratung anzubieten und die Notruf-App zu testen. Das ist keine Aufgabe des Bundeslandes, sondern eine des Bundes! (DB)

Gespräch mit der ARD am 19.10.2020

Über den Entwurf zur Standardisierung der Bereitstellung von Angeboten in Gebärdensprache in deutschen Medien tauschten Bernd Schneider, Thomas Zander und Daniel Büter sich am 19.10.2020 mit Niels Rasmussen, Georg Schmolz und Martin Dittler als Vertretern der ARD per Online-Videokonferenz aus. Das Gespräch dauerte eine Stunde und verlief gut.



Screenshot: DGB

Der Entwurf wurde insofern angepasst, als er jetzt als eine Empfehlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes und nicht als allgemeine Standardisierung und Richtlinie bezeichnet wird. Die Forderung, dass die Dolmetschereinblendung mindestens 40 Prozent des Bildschirms einnehmen solle, wurde abgeändert, sodass sie sich nun auf ein Drittel des gesamten Bildschirms bezieht.

Der Entwurf ist aber noch nicht fertig und die Bearbeitung wird fortgesetzt. Wir wünschen uns, dass alle Seiten mit der Empfehlung zufrieden sind und sie akzeptieren.

Die Empfehlung ist für alle öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender gedacht und ist eine Hilfestellung oder Handreichung, wie Angebote in Gebärdensprache und mit Untertiteln in der richtigen Form bereitgestellt werden können. (DB)

EUD-Webinar „COVID-19 Series“ vom 19.10.2020 bis zum 23.10.2020

Der Europäische Gehörlosenverband veranstaltete vom 19. bis zum 23. Oktober 2020 jeden Morgen sein Webinar „COVID-19 Series“.

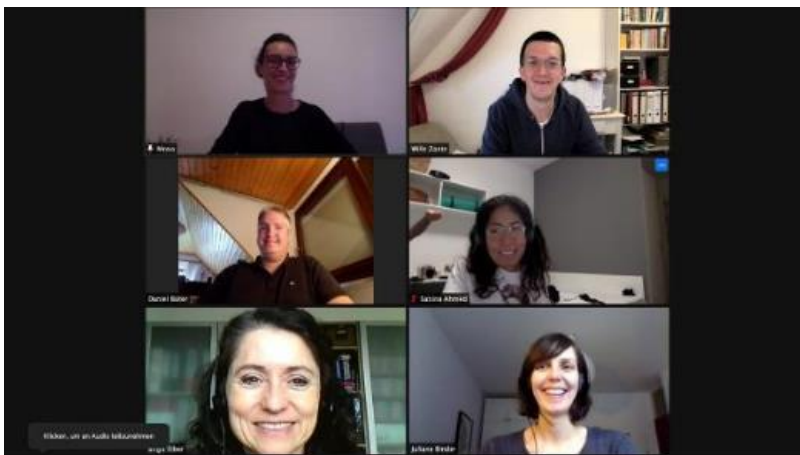


Plakate: EUD

Es gab fünf Hauptthemen: Maskenpflicht, Gewährleistung der Gebärdensprachdolmetscher als Norm, Zugänglichkeit in Krankenhäusern, Fernunterricht während der Pandemie, die digitale Lücke und die Isolierung der gehörlosen Senioren. Daniel Büter übernahm als EUD-Vorstandsmitglied die Moderation des dritten Webinars. Das Webinar per Live-Facebook wurde in International Sign und mit englischen Live-Untertiteln übertragen. Es war eine sehr lehrreiche Veranstaltung mit interessanten Diskussionen. (DB)

Austausch mit der Koordinierungsstelle „Inklusion in der Bundesagentur für Arbeit und am Arbeitsmarkt“ am 23.10.2020

Wille Felix Zante, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und Daniel Büter, Referent für politische Arbeit, tauschten sich am 23.10.2020 mit Juliane Binder, Birgit Eiber und Sabina Ahmed von der Koordinierungsstelle „Inklusion in der Bundesagentur für Arbeit (BA) und am Arbeitsmarkt“ per Zoom-Videokonferenz über vier Themen aus.



Screenshot: DGB

1. Thema: „Aktionsplan ‚Inklusion‘ der Bundesagentur für Arbeit“

Die BA hat ihren Aktionsplan „Inklusion“ zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention veröffentlicht.¹ Daniel Büter hat sich intensiv mit dem 86-seitigen Aktionsplan auseinandergesetzt und seine Anregungen dazu abgegeben. Der Aktionsplan trifft Aussagen zu vier Handlungsfeldern und enthält einen Maßnahmenkatalog.

In Bezug auf das Handlungsfeld **„Bewusstseinsbildung“** weist der DGB darauf hin, dass jedes Jahr am 23. September der Internationale Tag der Gebärdensprachen gefeiert wird. Der Presse- und Marketing-Bereich der BA sind darüber bereits informiert.

Hinsichtlich des Handlungsfeldes **„Barrierefreiheit“** hält der DGB es für äußerst sinnvoll, die Presseinformationen der BA in die Deutsche Gebärdensprache übersetzen zu lassen und die Pressekonferenzen zum Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie die Nennung der aktuellen Zahlen am 29. Oktober 2020, am 1. Dezember 2020 und am 5. Januar 2021 per Livestream in Deutscher Gebärdensprache bereitzustellen. Wenn dies bis Ende November 2021 nicht umgesetzt wird, sieht sich der DGB gezwungen, einen Antrag bei der Schlichtungsstelle nach dem BGG zu stellen, da die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen durch die Träger der öffentlichen Gewalt (§ 7 BGG) verboten ist. Gehörlose dürfen von Informationen nicht ausgeschlossen werden!

In Bezug auf das Handlungsfeld **„Partizipation“** sind wir nicht glücklich über die fünf genannten Mitglieder (Frau Czennia vom Sozialverband VDK, Frau Tietz vom SoVD, Herr Lehmler vom BDH, Frau Loskill von der BAG Selbsthilfe und Frau Vieweg von der ISL) aus Organisationen behinderter Menschen auf der Grundlage von § 188 SGB IX (Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei der BA). Besser wäre es, wenn es Vertreter/-innen für jede Art von Behinderung gäbe (Gehörlosigkeit und Hörbehinderung, Blindheit und Sehbehinderung, Körperbehinderung, Autismus, geistige Behinderung und Lernbehinderung etc.).

2. Thema: „Erreichbarkeit der Agenturen für Arbeit und Jobcenter“

Die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter zu erreichen, erweist sich als zu schwierig. Telefonate über den Telefonvermittlungsdienst Tess sowie Anrufe aus Sozialberatungen und den Beratungsstellen der EUTB lehnen die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter unter Verweis auf den Datenschutz oft ab. Es ist eine erfreuliche Antwort der BA, dass gehörlose Mitarbeiter/-innen einer EUTB bzw. Sozialberatung oder Tess-Dolmetscher/-innen über Tess für ihre Kund/-innen bei der BA oder dem Jobcenter anrufen können. Immer – egal, ob Hörende die Telefon-Hotline für Hörende anrufen oder ob Tess genutzt wird – brauchen die Agenturen für Arbeit und Jobcenter eine Vollmacht, wenn Dritte für andere bei ihnen anrufen. Eine solche Vollmacht kann den Agenturen für Arbeit und Jobcentern postalisch oder per E-Mail zugeschickt werden.

¹ Aktionsplan „Inklusion“ der BA unter https://www.arbeitsagentur.de/datei/aktionsplan-inklusion_ba146532.pdf

3. Thema: „Übernahme der Dolmetscherkosten für Vorstellungsgespräche“

Der DGB hält es für nicht gerecht, dass neue Arbeitgeber/-innen oder gehörlose Arbeitnehmer/-innen, die nicht arbeitslos bzw. von Arbeitslosigkeit bedroht sind, die Dolmetscherkosten für Vorstellungsgespräche selbst zu tragen haben. Der DGB bittet um Prüfung, ob die Rechtsauffassung korrekt ist. Die Folgen wären nicht auszudenken. Normalerweise sollten die Agentur für Arbeit, das Jobcenter oder das Integrationsamt diese Kosten übernehmen. Der BA wird diese Nachfrage noch intern klären und eine Antwort geben.

4. Thema: „Telefondolmetschen“

Der DGB setzt sich weiterhin für die bundesweite kostenfreie Nutzung von Telefonvermittlungsdiensten in Schrift- und Gebärdensprache in allen Bereichen ohne Trennung zwischen privaten und beruflichen Themen ein. Es wurde angesprochen, dass Anrufe beim Servicetelefon der BA über Tess für Menschen mit Hörbehinderungen gebührenfrei sind.

Der Austausch war konstruktiv und die Zoom-Videokonferenz funktionierte gut und technisch reibungslos. Der DGB und die BA setzen sich gemeinsam für die verbesserte Bewusstseinsbildung, Barrierefreiheit und Partizipation bezüglich des Aktionsplans „Inklusion“ der BA für gehörlose Menschen ein und setzen diese Ziele um. (DB)

2./3. Lesung zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge am 29.10.2020

Die 2./3. Lesung zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge wurde am 29.10.2020 live in Gebärdensprache und mit Untertiteln auf der Webseite des Deutschen Bundestags übertragen.



Screenshot: DGB

Der Bundestag hat den Gesetzentwurf zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge in der vom Finanzausschuss erstellten Beschlussempfehlung einstimmig beschlossen. Die seit 1975 nicht mehr geänderten steuerlichen Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung werden ab dem 01.01.2021 verdoppelt. Dabei wird im Übrigen auch Taubblindheit gesondert berücksichtigt, was der DGB begrüßt und als Erfolg sieht. Weitere Informationen hierzu finden sich in der am 06.11.2020 veröffentlichten DGB-Pressemitteilung 11/2020 „Endlich: Verdoppelung der Behinderten-Pauschbeträge nach 45 Jahren und Einbeziehung von Taubblinden“.² (DB)

Gespräch mit Corinna Rüffer am 02.11.2020

Ein weiteres intensives Gespräch per Zoom-Videokonferenz führte Daniel Büter als Referent für politische Arbeit am 02.11.2020 mit Corinna Rüffer, Sprecherin für Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, und ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiterin Anna Wiegand. Während des Gesprächs wurden vor allem vier Themen besprochen: die Stiftung Anerkennung und Hilfe, die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 2021, Gebärdensprache als Minderheitensprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und der 4. Internationale Tag der Gebärdensprachen am 23.09.2021. Corinna Rüffer hält sich den Termin für die bunte Abendveranstaltung des Deutschen Gehörlosen-Bundes am 23.09.2021 frei.

Der DGB plant, Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 zu formulieren. Zudem organisieren wir eine Wahlkampfveranstaltung mit einer Podiumsdiskussion im Sommer/Herbst 2021. Es ist sehr erfreulich, dass Corinna Rüffer bei der Bundestagswahl 2021 wieder als Kandidatin im Wahlkreis Trier zur Verfügung steht. Wir wünschen ihr viel Erfolg und Kraft für die Bundestagswahl. (DB)

² DGB-Pressemitteilung 11/2020 unter http://gehhoerlosen-bund.de/browser/4183/dgb_11_2020_pressemitteilung_final.pdf

Schlichtungsgespräch mit dem Bundesministerium für Gesundheit am 04.11.2020

Die Schlichtungsstelle nach dem Behindertengleichstellungsgesetz führte am 04.11.2020 per Zoom-Videokonferenz ein Schlichtungsgespräch zwischen dem Deutschen Gehörlosen-Bund (DGB) als Antragsteller und dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) durch. Präsident Helmut Vogel, Dr. Ulrike Gotthardt, Beisitzerin des Präsidiums, Wille Zante, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und Daniel Büter, Referent für politische Arbeit, vertraten den DGB. Als Vertreter des BMG nahmen der stellvertretende Leiter der Leitungsabteilung Marc Degen und der Pressesprecher Hanno Kautz an dem Schlichtungsgespräch teil.



Screenshot: DGB

Die drei Gegenstände des Schlichtungsverfahrens sind die Bereitstellung von Informationsangeboten des BMG in barrierefreier Form (Deutsche Gebärdensprache und Untertitelung), die Übertragung von Pressekonferenzen des BMG per Livestream in Anwesenheit eines Gebärdensprachdolmetschers vor Ort und telefonische Hotlines zum Coronavirus.

Zwischen dem 16. März 2020 und dem 10. Juli 2020 hat das BMG insgesamt 40 Videofilme in DGS und mit UT zur Verfügung gestellt. Der DGB wies darauf hin, dass diese Informationen allerdings nicht mehr auf dem aktuellen Stand seien. In den letzten Monaten seien kaum noch neuere Videofilme über die aktuelle Entwicklung der Corona-Pandemie angeboten worden. Das BMG äußerte Verständnis für die Kritik des DGB und erklärte, dies zu bedauern. Aufgrund der hohen aktuellen Arbeitsbelastung sei es in den vergangenen Monaten nicht immer gelungen, die Bedürfnisse von Gehörlosen ausreichend zu berücksichtigen. Das BMG schlug die wöchentliche Bereitstellung von aktuellen Informationen in DGS zum aktuellen Stand der Corona-Pandemie vor. Der DGB begrüßt und befürwortet dies. Das BMG wird ein Konzept vorlegen und bezüglich der Umsetzung sowie zwecks eines weiteren Austausches mit dem DGB in Kontakt treten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass künftig alle Pressekonferenzen des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn zeitgleich in DGS übersetzt werden sollen. Ein Best-Practice-Beispiel aus der Praxis ist das Robert-Koch-Institut (RKI), das seit Beginn der Corona-Pandemie Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch vor Ort bereitstellte. Auch beim Bundeskanzleramt gab es insofern Fortschritte, als regelmäßig Livestreams in DGS übertragen werden.

Als drittes wichtiges Anliegen betonte der DGB während des Schlichtungsgesprächs die telefonische Übermittlung von Informationen zum Coronavirus in DGS. Während Hörende bei Fragen zu Symptomen, Gesundheitszustand oder Vorerkrankungen die Corona-Hotline 116 117 nutzen können, gibt es ein solches Angebot für Gehörlose und Hörbehinderte bisher nicht. Auch über das 115-Gebärdentelefon, auf das auch vom BMG hingewiesen wird, erhält man keine Auskünfte zum Coronavirus. Dies ist für gehörlose Menschen mit unklaren Symptomen und Aufklärungsbedarf problematisch und gegebenenfalls auch gefährlich, da sie nicht wissen, wo und wie sie Informationen bekommen können, obwohl es auch in diesem Personenkreis schon Corona-Todesfälle gab. Als Lösungsmöglichkeit schlug der DGB eine Kooperation mit Tess bei der Corona-Hotline des BMG vor. Das BMG erwiderte, dass die Beantwortung von Fragen zum Krankheitsbild aller Patient/-innen grundsätzlich Aufgabe der (Haus-)Ärzte sei. Auch gebe es bislang keine spezifische „Corona-Hotline“ des BMG. Der Patientenservice unter der Telefonnummer 116 117 sei ein Angebot der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Man könne an diese herantreten, habe für dieses Angebot aber keine unmittelbare Zuständigkeit. Eine schnelle Umsetzung von telefonischen Angeboten in DGS könne man daher seitens des BMG nicht versprechen. Allerdings bot das BMG an, bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) die Möglichkeit von

zusätzlichen Informationsangeboten in DGS zu erfragen. Auch die Zuständigkeit für das 115-Gebärden-telefon liege nicht beim BMG, sondern beim Bundesministerium des Innern (BMI).

Der DGB wird wegen des Patientenservices bzw. des ärztlichen Bereitschaftsdienstes mit der Nummer 116 117 noch einmal Kontakt zur Kassenärztlichen Bundesvereinigung aufnehmen, um an die Kernforderung zu erinnern, dass eine eigene, tatsächlich auf die Virusproblematik spezialisierte Corona-Hotline für gehörlose Menschen eingerichtet wird. Dies ist als barrierefreier Zugang zum Versorgungssystem notwendig. Diese Hotline muss bei Verdacht auf eine Infektion einen Videochat in Gebärdensprache ermöglichen, sodass direkt Fragen zum Coronavirus gestellt, die erforderlichen Antworten eingeholt und Hilfen koordiniert werden können.

Insgesamt handelte es sich um ein sehr produktives erstes Gespräch mit dem BMG über die Schlichtungsstelle nach dem BGG. Der DGB ist gespannt auf die angesprochene Umsetzung vonseiten des BMG. (DB)

5. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 05.11.2020

Daniel Büter nahm am 05.11.2020 an der 5. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses per Zoom-Videokonferenz teil. Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland, begrüßte die Teilnehmer/-innen und berichtete über die Arbeit des DBR-Sekretariats und über den Stand der Planungen der Online-Welttagsveranstaltung am 03.12.2020. Es wird zwei Diskussionsrunden geben, eine zum Thema „Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderungen“ und eine zur Reform des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Es wird ein AGG-Papier vorgestellt und in Leichte Sprache übersetzt. Dass dieses AGG-Papier nicht in die Deutsche Gebärdensprache übersetzt werden soll, ist dagegen ärgerlich. Dorothee Czennia begründete dies damit, dass eine Übersetzung in DGS als Arbeitsstandard nicht vorgesehen sei. Daniel Büter erklärte, diese Begründung sei für ihn nicht nachvollziehbar, und bot ihr die Kostenübernahme für die DGS-Übersetzung an. Trotzdem wurde sein Vorschlag nicht angenommen.

Im Anschluss wurden verschiedene Themen diskutiert, darunter aktuelle Entwicklungen bei der Patientenvertretung, aktuelle Gesetzgebungsverfahren (Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, Reform der Kinder- und Jugendhilfe und Versorgungsmedizin-Verordnung), der Arbeitsstand des DBR und ein geplantes Forderungspapier zur Bundestagswahl 2021. Daniel Büter wird in der neuen Arbeitsgruppe mitwirken, die drei bis fünf wichtige Kernforderungen zur Bundestagswahl herausarbeiten soll. (DB)

4. Sitzung der Arbeitsgruppe „DGS als Minderheitensprache“ am 05.11.2020

Die Arbeitsgruppe „DGS als Minderheitensprache“, der Prof. Dr. Christian Rathmann, Dina Zander-Tabbert, Sven Niklas, Helmut Vogel, Steffen Helbing und Daniel Büter angehören, besprach am 05.11.2020 fast eine Stunde lang verschiedene Punkte per Zoom-Videokonferenz. Die Themen waren unter anderem ein kurzes Feedback zur Online-Bundesversammlung des DGB, die Unzufriedenheit mit der Antwort des Bundesministeriums des Innern und Handlungsschritte für die Kontaktaufnahme (Anschreiben, Zielformulierung, Unterstützungen einholen). Die nächste Sitzung wurde für den 20.11.2020 angesetzt. (DB)

Sitzung und Workshop des Beirats zum Partizipationsfonds am 06.11.2020

Am Vormittag des 6. November 2020 nahm Daniel Büter stellvertretend für Helmut Vogel, den Präsidenten des Deutschen Gehörlosen-Bundes, an der per Zoom-Videokonferenz stattfindenden Sitzung und dem Workshop des Beirats zum Partizipationsfonds teil.

Zu Beginn hielt Dr. Leander Palleit, Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention vom Deutschen Institut für Menschenrechte, einen Vortrag über das Partizipationsgebot in Bezug auf die Allgemeine Bemerkung Nr. 7 des UN-BRK-Ausschusses. Diese Bemerkung gibt konkrete Handlungsempfehlungen und praktische Orientierungshilfen zur Umsetzung von Partizipation. Ohne Partizipation kann die Umsetzung der UN-BRK nicht gelingen.

Dann berichtete Ellen Reichel, Fördermittelberaterin der gsub mbH, im Rahmen einer zuwendungsrechtlichen Betrachtung über die bisherige Förderpraxis im Partizipationsfonds. Seit 2017 hat es bis jetzt insgesamt acht Beiratssitzungen gegeben. 79 Anträge sind eingegangen, von denen 52 bewilligt und 27 abgelehnt bzw. zurückgezogen wurden. Die Dauer der Förderung umfasst zwei bis 36 Monate, die Höhe liegt zwischen rund 3.300 Euro und 391.000 Euro.

Danach referierte Frau Dr. Brückner vom BMAS zum Thema „Gesammelte Erfahrungen und Zukunftsperspektiven für den Partizipationsfonds“. Das DBR-Sekretariat bekommt die Partizipationsförderung

jährlich, abwechselnd aus den drei Säulen des DBR (bisher SoVD, ISL, VdK Sozialverband, BAG Selbsthilfe). Dadurch konnte das DBR-Sekretariat eine sehr gute Arbeit leisten und seine Öffentlichkeitsarbeit stärken. Bei der Projektdurchführung entstanden einige Probleme, z. B. hinsichtlich zu kurzer Fristen der Ministerien zur Teilnahme an den politischen Verfahren, der Nichtverfügbarkeit barrierefreier Dokumente, um mitarbeiten zu können, und der Einhaltung des eigenen Zeitplans. Weitere Probleme betrafen eine unterschiedliche Intensität der Zusammenarbeit oder Zuarbeit von Projektpartnern und das Vorliegen keiner oder keiner geeigneten Bewerbungen auf Stellenausschreibungen. Andererseits gab es Erfolge, z. B. in Bezug auf ein effektiveres Arbeiten von Organisationen. Sie wurden nachweislich größer und bekannter: So kam es zum Aufbau einer gut funktionierenden Öffentlichkeitsarbeit, zur Gewinnung von Mitgliedern und Aktivist*innen, zum Auf- oder Ausbau von Netzwerken und zur Stärkung der Organisationsstruktur. Die verschiedenen Maßnahmen wurden in den Organisationen sehr gut angenommen und es gab zum Teil sehr hohe Teilnehmerzahlen. Man erreichte, dass sich Mitglieder aktiv und qualifiziert für ihre eigenen Belange einsetzen. Arbeitsergebnisse wurden veröffentlicht, sodass diese von anderen genutzt werden konnten. Teilweise wurde der Nachwuchs gefördert.

Die finanzielle Förderung der politischen Partizipation ist erfolgreich. Sie bildet eine – wenn auch zeitlich befristete – sichere Grundlage, um nachhaltig die eigenen Interessen zu vertreten und sich wirksam einzumischen. Anschließend diskutierten die Teilnehmer/-innen darüber. Ein gutes Beispiel ist der Deutsche Gehörlosen-Bund selbst: Er hat sich dank der beim BMAS beantragten und bewilligten Partizipationsförderung seit 2017 weiterentwickeln und zwecks politischer Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit sowie zur Assistenz des Präsidiums Stellen in der Bundesgeschäftsstelle einrichten können. (DB)

Gespräch mit der ProSiebenSat1 Media SE am 06.11.2020

Am Nachmittag des 6. November 2020 besprachen Bernd Schneider, Thomas Zander und Daniel Büter mit Frederike Wissel und Charlotte Sorge von der ProSiebenSat1 Media SE im Rahmen eines sehr konstruktiven Austausches den Entwurf der Empfehlungen für die Bereitstellung von Angeboten in Gebärdensprache in deutschen Medien, die Quote der Untertitelungen, weitere Kooperationsmöglichkeiten und den Internationalen Tag der Gebärdensprachen am 23.09.2021.



Screenshot: DGB

Die ProSiebenSat.1 Media SE ist nach der RTL Group die zweitgrößte private TV-Sendergruppe in Deutschland. Sie hat mit dem „Corporate Sustainability Office“ eine neue Abteilung geschaffen, die sich mit allen Belangen des nachhaltigen und verantwortungsvollen Handelns des Konzerns beschäftigt. Frederike Wissel kümmert sich dort als Manager Corporate Sustainability unter anderem um das Thema Barrierefreiheit.

Der DGB freut sich sehr, dass die ProSiebenSat.1 Media SE den Anteil barrierefreier Angebote weiter ausbaut. Im Berichtszeitraum von Mitte September bis Mitte Dezember 2019 wurden laut 7. Monitoringbericht der Landesmedienanstalten zur Barrierefreiheit durchschnittlich rund 22 Prozent der Sendungen mit Untertiteln ausgestrahlt, ein Anstieg um vier Prozentpunkte. Damit bekräftigt sich ein positiver Trend der vergangenen Jahre. Die ProSiebenSat.1 Media SE plant, Angebote in Gebärdensprache ab Mitte 2021 per HbbTV bereitzustellen.

Das Gespräch, das per Zoom-Videokonferenz stattfand, verlief gut und war sehr angenehm. (DB)

35. Konsultation der Monitoring-Stelle zur UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 11.11.2020

Es wurde bekannt gegeben, dass Dr. Leander Palleit und Dr. Britta Schlegel die Leitung der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention übernehmen und die Nachfolge von Dr. Valentin Aichele antreten, der neue Aufgaben als Professor im Hochschulbereich übernimmt. Der Deutsche Gehörlosen-Bund bedankte sich ganz herzlich bei Dr. Valentin Aichele für seine großen Leistungen in den letzten elf Jahren, in denen er die Monitoring-Stelle zur UN-BRK aufgebaut und geführt hat, und für die langjährige gute Zusammenarbeit. Er hat die Umsetzung der UN-BRK mit seinem fachlichen Einsatz und seiner Ausdauer vorangetrieben und ist eine wichtige Persönlichkeit in der deutschen Behindertenbewegung, die in der Geschichte unvergessen bleiben wird.

Daniel Büter nahm an der 35. Verbändekonsultation per Zoom-Videokonferenz am 11. November 2020 teil, deren Schwerpunkt diesmal der European Accessibility Act (EAA) war. Bei dem sogenannten „European Accessibility Act“ handelt es sich um die EU-Richtlinie 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen. Bis zum 28. Juni 2022 ist die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Ziel der Richtlinie ist es, die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern, indem der Zugang zu digitalen Alltagsprodukten und -dienstleistungen verbessert wird. Zum ersten Mal sollen hier private Unternehmen verpflichtet werden, Barrierefreiheit umzusetzen. Die Richtlinie richtet sich an Verbraucher/-innen und erfasst dabei bedeutsame Bereiche, zum Beispiel den Onlinehandel, den Zugang zu audiovisuellen Medien, Selbstbedienungsterminals, Bankdienstleistungen, den europaweiten Notruf 112 sowie Angebote des Fernverkehrs. Auf andere wichtige Bereiche des Alltags wie etwa Gesundheitsdienste, Bildung oder Wohnen erstreckt sich die Richtlinie hingegen nicht.

Der EAA berührt elementare Bereiche der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), insbesondere Artikel 9 (Zugänglichkeit) und die entsprechenden Vorgaben des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 2. Sowohl die Europäische Union als auch alle ihre Mitgliedstaaten haben die UN-BRK ratifiziert und sind damit rechtlich an sie gebunden. Die in der Richtlinie enthaltenen Handlungsspielräume und Ausnahmen müssen folglich im Lichte der Konvention ausgestaltet werden. Dies entspricht auch den Erwartungen der Verbände an die bevorstehende Umsetzung der europäischen Vorgaben in Deutschland.

Im Rahmen der Verbändekonsultation wurden vor diesem Hintergrund unter anderem die folgenden Bereiche des EAA als relevant herausgearbeitet:

- Da der Anwendungsbereich der Richtlinie (Artikel 2) auf Verbrauchergeschäfte begrenzt ist, sollten die europäischen Vorgaben im Rahmen der Umsetzung so interpretiert werden, dass auch unternehmerische Bereiche wie zum Beispiel der beruflich genutzte Computer oder das Geschäftskonto bei der Bank erfasst sind.
- Die Anforderungen an die Barrierefreiheit der bebauten Umgebung (Artikel 4) sind nicht verbindlich festgeschrieben. Hier besteht die klare Erwartung an den deutschen Gesetzgeber, die Barrierefreiheit der bebauten Umwelt verpflichtend vorzuschreiben. Denn ein barrierefreier Geldautomat ist für Menschen mit Behinderungen nutzlos, wenn sie das Gebäude der Bank nicht betreten können.
- Die Pflichten der Wirtschaftsteilnehmer/-innen (Artikel 7 bis 10) umfassen die Sicherstellung, dass nur barrierefreie Produkte in den Verkehr gebracht werden. Die Ausnahmeregelungen (Artikel 14) bestimmen, dass die Barrierefreiheitsanforderungen nur insoweit gelten, als deren Einhaltung keine wesentliche Änderung des Produkts oder der Dienstleistung erfordert und zu keiner unverhältnismäßig starken Belastung der jeweiligen Wirtschaftsakteur/-innen führt.
- Die Marktüberwachungsbehörden (Artikel 19 bis 22) müssen die wirksame Anwendung der gesetzlichen Vorgaben gewährleisten. Welche Stelle die Marktüberwachung in Deutschland übernehmen wird, ist von großer Tragweite. Um eine einheitliche Herangehensweise und Bewertung zu gewährleisten, ist eine zentrale Fachstelle zur Koordinierung oder eine Marktüberwachungsbehörde auch auf Bundesebene unbedingt notwendig.
- Bei Verstößen gegen die Vorgaben der Richtlinie beziehungsweise des Umsetzungsgesetzes müssen effektive Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten (Artikel 29) bestehen. Dies erfordert neben dem Individualrechtsschutz vor Gericht auch niedrigschwellige Beschwerdemöglichkeiten wie Schlichtungsverfahren. Ebenso muss die Möglichkeit von Verbands- und Musterfeststellungsklagen geschaffen werden.

Über den aktuellen Umsetzungsstand berichtete Jan Hoffmann vom federführenden Referat beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Mit einem Referentenentwurf und einer Verbändeanhörung sei noch in diesem Jahr zu rechnen. Es herrschte Einigkeit unter den teilnehmenden Verbänden, dass nun keine Zeit vertan werden sollte, um die berechtigten Anliegen im laufenden Prozess einzubringen. Denn nur die rechtzeitige Berücksichtigung der entscheidenden Aspekte trägt letztlich zu einer Umsetzung der Richtlinie im Sinne der UN-BRK bei. Ziel sollte sein, das Umsetzungsgesetz zum EAA noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. (DB)

8. Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit am 12.11.2020

Am Donnerstag, dem 12. November 2020, fand die achte Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit statt. Die Sitzung, an der Daniel Büter vom DGB teilnahm, wurde aufgrund der Corona-Pandemie online per Webkonferenz durchgeführt. Nachdem Helmut Vogel in den ersten drei Jahren für den DGB im Expertenkreis mitgewirkt hat, hat er den Posten an Daniel Büter abgegeben. Zum Auftakt begrüßten Andreas Gülker, Mitglied der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS), und Dr. Volker Sieger, Leiter der Bundesfachstelle, die Teilnehmenden und stellten das Sitzungsprogramm vor.

Anschließend gab Dr. Volker Sieger dem Expertenkreis, der sich aus Expertinnen und Experten von bundesweiten Behindertenverbänden und Bundesbehörden zusammensetzt, Einblicke in die gegenwärtigen Entwicklungen in der Bundesfachstelle und präsentierte die bisherige Jahresbilanz für 2020. Trotz der Corona-Pandemie verzeichnete die Bundesfachstelle wieder Zuwächse bei den statistischen Werten. So gab es vom 1. Januar bis zum 30. September 2020 beispielsweise 438 Kontaktaufnahmen, während der Wert Ende September des Vorjahres noch bei 365 lag. Die gesamte Bilanz wird im Jahresreport 2020 der Bundesfachstelle nachzulesen sein, der voraussichtlich im April 2021 erscheint. Auch die Jahresbilanz der Website ist erneut sehr positiv. Deren Reichweite hat sich laut Dr. Volker Sieger von 2019 zu 2020 erneut vergrößert: Knapp 78.194 Nutzer/-innen besuchten das Informationsangebot bis zum 23. Oktober 2020. Im Jahr 2019 lag die Nutzerzahl für das gesamte Jahr bei 48.338. Die steigenden Nutzerzahlen sind nicht zuletzt auf das große Informationsbedürfnis von Behörden und Dienstleistern zur Umsetzung der EU-Webseitenrichtlinie und der neuen BITV 2.0 sowie zur barrierefreien Kommunikation in Corona-Zeiten zurückzuführen. Vertiefte Informationen zur barrierefreien Kommunikation stellte die Bundesfachstelle bereits seit März 2020 fortlaufend zur Verfügung und erweiterte diese zuletzt durch eine neue Praxishilfe mit Tipps zur Gestaltung von barrierefreien Online-Konferenzen.

Dr. Volker Sieger berichtete, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) seit Ende Januar 2020 insgesamt 5.629 Gebäude auf Barrierefreiheit nach Paragraph 8 Absatz 3 des Behindertengleichstellungsgesetzes überprüfen lässt. Hierzu wird die Vorlage zur Erfassung genutzt, die die Bundesfachstelle entwickelt hat. Die Mitarbeiter/-innen der Bundesfachstelle Barrierefreiheit hatten zuvor externe Dienstleister in der Erfassung baulicher Barrieren geschult und Grundlagenwissen vermittelt. Zurzeit werden die Anforderungen an die Berichterstattung, die im Sommer 2021 erfolgen soll, im Arbeitskreis konkretisiert.

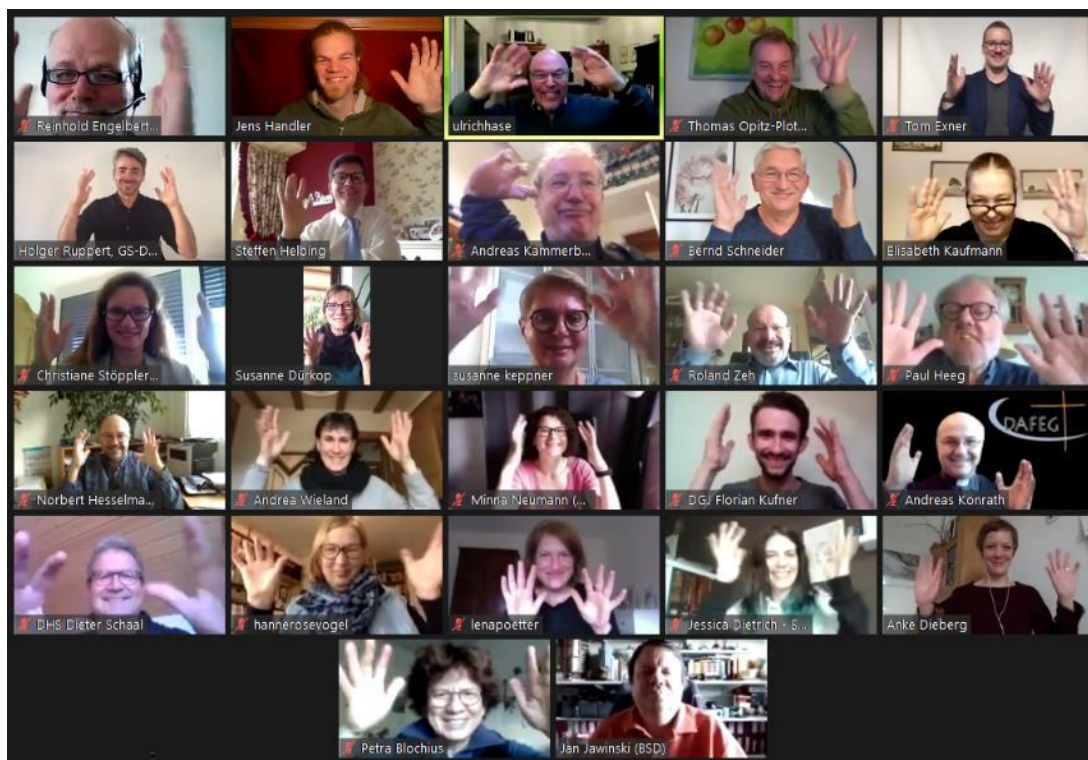
Weitere Themen der Sitzung waren ein kurzer Rückblick auf die erfolgreich veranstaltete Regionalkonferenz der Initiative SozialraumInklusiv „Einfach Reisen“ in Rostock am 29. September 2020 und das abgeschlossene Juryverfahren des Bundesteilhabepreises 2020 „Perspektive auch in Corona-Zeiten. Barrierefrei Reisen in Deutschland“. Die öffentliche Bekanntgabe der Preisträger/-innen erfolgte im November.

Die nächste Sitzung des Expertenkreises wird voraussichtlich im Februar 2021 stattfinden. (DB)

Arbeitstagung und Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. am 13. und 14.11.2020

Die Arbeitstagung und die Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände (DG) fand vom 13. bis zum 14. November als Online-Veranstaltung statt. Bis zu 34 Personen nahmen an der Veranstaltung teil. Die 1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann und der 2. Vizepräsident Steffen Helbing vertraten den DGB und waren bei der Online-Veranstaltung dabei. Die vier Vorträge zu verschiedenen, Kinder und Jugendliche mit Hörbehinderungen betreffenden Themenbereichen – von Prof. Dr. Christian Rathmann, von Isabelle Brück, von Juliane Meinhold und von Esther Liseck – stießen auf reges Interesse und führten zu angeregten Diskussionsrunden im Anschluss. Die zwei Tage waren interessant und die Vorträge top. Die Zusammenarbeit zwischen der DG,

dem Deutschen Gehörlosen-Bund und den verschiedenen Verbänden und Mitgliedern war super. Die nächste Arbeitstagung wird im November 2021 in Berlin stattfinden. (EK)



Screenshot: DG

3. Projekttreffen der modellhaften Erprobung nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG am 16.11.2020 und am 19.11.2020

Als Vertreter des Deutschen Gehörlosen-Bundes nahm Daniel Büter an der Auftaktveranstaltung am 16.11.2020 und an der Abschlussveranstaltung am 19.11.2020 teil.

Im Rahmen der modellhaften Erprobung nach Artikel 25 Absatz 2 des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) erproben ausgewählte Leistungsträger der Eingliederungshilfe einzelne Vorschriften des BTHG vor und nach deren Inkrafttreten zum 1. Januar 2020.

Die ursprünglich 31 Modellprojekte haben ihre Arbeit im Januar 2018 aufgenommen. Sie laufen überwiegend bis Ende 2021. Mit Ausnahme von Berlin sind alle Bundesländer an der Erprobung beteiligt. Zwei Projekte (Rostock und Hildburghausen) haben ihre Arbeit wegen Personalmangels in der Zwischenzeit allerdings einstellen müssen.

Bundesweit werden 29 Modellprojekte gefördert, die bis zu sieben unterschiedliche Regelungsbereiche beinhalten (Einkommens- und Vermögensanrechnung, Assistenzleistungen in der Sozialen Teilhabe, Umsetzung des Rangverhältnisses zwischen Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflege, Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit, Möglichkeiten der gemeinsamen Inanspruchnahme, Fachleistungen und existenzsichernde Leistungen und Sicherung Barbetrag).

Administriert und zuwendungsrechtlich begleitet werden die Projekte seit 2017 von der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub).

Screenshot: DGB

Die gsub organisierte in Zusammenarbeit mit dem BMAS und dem Auftragnehmer der wissenschaftlichen Begleitung, der Kienbaum Consultants International GmbH, im Jahr 2020 ein drittes bundesweites Projektetreffen per Zoom-Videokonferenz, das der Vernetzung und der Diskussion der weiteren Herangehensweise an die Erprobung diente. Die Mitarbeiter/-innen der Kienbaum Consultants International GmbH berichteten über den Stand und die Ergebnisse der Maßnahmen nach Artikel 25 Absatz 2 bis 4 des BTHG. Den Abschluss des Projektetreffens bildete ein Ausblick auf das Jahr 2021 sowie die Planung der weiteren Schritte für einen Abschluss der modellhaften Erprobung. (DB)

European Inclusion Summit am 17.11.2020

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, hat zum ersten Mal die europäische Online-Veranstaltung „European Inclusion Summit“ abgehalten. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 ging es dabei um den Austausch und die Vernetzung mit europäischen Ländern. Zunächst gab es vier interessante Grußworte: von Jürgen Dusel, von Hubertus Heil, dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, von Helena Dalli, der Kommissarin für Gleichheitspolitik der Europäischen Kommission, und von Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte.



Screenshot: DGB

Im Anschluss fanden Vorträge und Diskussionen zu den vier Hauptthemen des European Inclusion Summit statt: „European Accessibility Act (EAA)“, „Schutz von Frauen und Kindern mit Behinderungen vor Gewalt“, „Digitalisierung“ und „Inklusive Entwicklungszusammenarbeit“.

Die EU-Richtlinie 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates von April 2019 über den European Accessibility Act stellt deutlich höhere Anforderungen an die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen im Privatsektor und muss bis spätestens Mitte 2022 von Deutschland in nationales Recht umgesetzt werden. In der Europäischen Union leben rund 87 Millionen Menschen mit Behinderungen. Jürgen Dusel betonte: „Wichtig ist jetzt, dass wir in Deutschland bei der Umsetzung des EAA nicht den Fehler begehen, aus falschverstandener Rücksichtnahme ein Schmalspur-Gesetz auf die Schiene zu bringen.“ Erwartet wird bei der Umsetzung des EAA in Deutschland ein Schub für mehr Barrierefreiheit im privaten Bereich.

Vom Deutschen Gehörlosen-Bund (DGB) nahmen der Präsident Helmut Vogel, der Vize-Präsident Steffen Helbing, Wille Zante, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und Daniel Büter, Referent für politische Arbeit, an der Online-Konferenz teil. Bei den Panel-Diskussionen „EAA“ und „Digitalisierung“ stellte Daniel Büter in International Sign zwei Fragen, einerseits zum barrierefreien Notruf und andererseits zur Verpflichtung zur digitalen Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft. Steffen Helbing appellierte im Rahmen der Panel-Diskussion „Inklusive Entwicklungszusammenarbeit“, dass nationale Gehörlosen- und Behindertenverbände die Entwicklungshilfe im Sinne der Peergroup selbst gestalten und

verwalten sollten, um andere Gehörlosenverbände und Behindertenverbände in den Entwicklungsländern zu unterstützen.

Der DGB freut sich sehr, dass Thomas Zander, selbst gehörlos, auf dem European Inclusion Summit bei einem Panel moderiert hat, und wünscht sich mehr solche Einsätze, um Talente und Fähigkeiten von gehörlosen Menschen und Menschen mit Behinderungen zu nutzen.

Insgesamt war die Veranstaltung mit 3.000 Teilnehmer/-innen ein sehr gelungener Start! Der DGB gibt Bestnoten für die Barrierefreiheit der Online-Konferenz: Es gab Untertitel in Deutsch und Englisch sowie eine Verdolmetschung in Deutscher Gebärdensprache und International Sign! Die Größe und Position waren genau richtig und so, wie wir es uns vorgestellt haben! Es handelte sich also um ein Best-Practice-Beispiel für die Bereitstellung von Angeboten in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertiteln, das zum Nachmachen einlädt!

Der DGB bedankt sich herzlich für die Organisation durch Jürgen Dusel und sein Team und freut sich auf die mögliche Fortsetzung des European Inclusion Summit in Portugal 2021. (DB)



Screenshot: DGB

5. Sitzung der Arbeitsgruppe „DGS als Minderheitensprache“ am 20.11.2020

In der fünften Sitzung tauschten Prof. Dr. Christian Rathmann, Sven Niklas und Daniel Büter sich über die Handlungsschritte und die Organisation bzw. die Planungen für die Tagung aus. Sven Niklas und Daniel Büter kümmern sich um das Erstellen und Versenden von Anschreiben an verschiedene Adressaten. Christian Rathmann und Dina Zander-Tabbert befassen sich mit den Zielformulierungen. Diese Arbeitsschritte sollen bis zum 10. Dezember erledigt sein.

Die Arbeitsgruppe wird den 4. Bildungskongress vom 16. bis zum 17. April 2021 gemeinsam gestalten: Es soll einen Vortrag (20 Minuten) und eine Diskussion (10 Minuten) im Bereich „Deaf Studies“ geben. Das Hauptthema des 4. Internationalen Tags der Gebärdensprachen am 23. September 2021 soll „DGS als Minderheitensprache“ sein werden. Die Pressekonferenz soll von 11 bis 12 Uhr und die Abendveranstaltung von 17 bis 20 Uhr stattfinden. Dazwischen wird die Arbeitsgruppe Einzelgespräche mit verschiedenen Personen oder Gruppengespräche vorbereiten und durchführen. Alle Veranstaltungen finden im Gehörlosenzentrum in der Friedrichstraße 12 statt. Dann kann die Arbeitsgruppe im Frühjahr 2022 eine Fachtagung organisieren – ähnlich wie die Fachtagungen CI im Jahr 2018, Barrierefreie Medien im Jahr 2017 und Barrierefreier Notruf im Jahr 2016. Die Ziele der Fachtagung sind einerseits Aufklärung und andererseits die Forderung, die DGS als Minderheitensprache anzuerkennen und in die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen aufzunehmen. (DB)

Stellungnahme des DGB zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (20.11.2020)

Am Freitag, dem 6. November 2020 erhielt die Geschäftsstelle des DGB eine E-Mail mit dem Referentenentwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts.

Bis zum 21. Dezember 2020 muss die Bundesregierung das Telekommunikationsgesetz an die EU-Richtlinie 2018/1972 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation anpassen.

In Zusammenarbeit mit der Rechtsanwältin Mareike Drygala las und analysierte Daniel Büter den Referentenentwurf und die EU-Richtlinie gründlich und verfasste eine 11-seitige Stellungnahme des Deutschen Gehörlosen-Bundes. Fristgerecht am 20.11.2020 wurde diese Stellungnahme³ dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur per Mail zugesandt. Insbesondere in Bezug auf den Notruf gibt es erheblichen Nachbesserungsbedarf. Bei den Begriffsbestimmungen in § 3 TKG fehlen fünf Begriffe der EU-Richtlinie: „Total-Conversation-Dienst“, „Notrufabfragestelle“, „am besten geeignete Notrufabfragestelle“, „Notruf“ und „Notdienst“.

³ DGB-Stellungnahme 08/2020 unter http://gehoerlosen-bund.de/browser/4184/dgb_08_2020_stellungnahme_final.pdf

Im § 49 TKG fehlen eine Garantie der Kostenfreiheit des Notrufs für gehörlose Endnutzer/-innen und eine überfällige Festlegung der Kostenfreiheit des Relay-Dienstes. Im § 161 TKG zum Notruf wird nicht festgelegt, dass für Menschen mit Behinderungen ein Zugang per Notruf-App möglich sein muss. Vielmehr wird eine Hilfe durch Dritte oder Relay-Dienste erwartet, statt etwa eine unabhängige App-Lösung vorzuschreiben. Schlussendlich geht es dem DGB um einen gleichberechtigten Zugang zu Notrufsystemen für alle gehörlosen und hörbehinderten Personen. (DB)

1.–3. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema der JVEG-Novellierung und zur KHV am 12.11.2020, am 16.11.2020 und am 25.11.2020

Nachdem der Eilantrag des Gehörlosenverbandes Hamburg zum Thema „Vergütung der Gebärdensprachdolmetscher/-innen“ bei der Online-Bundesversammlung des DGB am 30./31.10.2020 einstimmig angenommen wurde, haben Helmut Vogel, Präsident und Fachteamleiter für „Teilhabe“, und Daniel Büter eine Reihe von Kontakten hergestellt: mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages und mit fünf Bundestagsabgeordneten als Berichterstatter/-innen für die Novellierung des JVEG. Außerdem analysierten sie den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Justizkosten- und des Rechtsanwaltsverfügungsrechts (Kostenrechtsänderungsgesetz 2021).

In den ersten drei Gesprächsrunden am 12.11., 16.11. und 25.11.2020 trafen sich mehrere Vorstände der Landesverbände der Gehörlosen und der Deutschen Gehörlosen-Jugend, das DGB-Fachteam „Taubblinde“ und Daniel Büter vom DGB. Die Moderation der Zoom-Videokonferenz übernahm Helmut Vogel. Es ging um die JVEG-Novellierung, die Kommunikationshilfenverordnung (KHV), die Erhöhung der Honorare von Gebärdensprachdolmetschenden und die Gesetzgebungsverfahren (Bundestag und Bundesrat). Die Vergütung nach der KHV ist an die Vergütung nach dem JVEG gekoppelt, sodass mit einer Erhöhung der Vergütung nach dem JVEG auch eine Erhöhung der Vergütung nach dem KHV vorgesehen ist. (DB)

1. Lesung zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts am 26.11.2020

Die Bundesregierung will das Vormundschafts- und Betreuungsrecht reformieren. Am 26.11.2020 hat der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf (BT-Drucksache 19/24445) beraten. Sehr traurig und ärgerlich ist für den DGB allerdings, dass die Forderungen aus der DGB-Stellungnahme vom 09.08.2020 nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen worden sind.

Corinna Rüffer und Sören Pellmann haben ihre Anrede in der 1. Lesung am 26.11.2020 starkgemacht. Der Gesetzentwurf beinhaltet eine Schwachstelle: keine Pflicht zur barrierefreien Kommunikation! Die öffentliche Anhörung zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts fand am 16.12.2020 statt. Daher bat der DGB alle Berichterstatter/-innen (außer von der AfD) und alle Sachverständigen nachdrücklich um ihre Unterstützung, die barrierefreie Kommunikation während des gesamten Betreuungsverfahrens sicherzustellen und die Kommunikationsbedürfnisse der Gehörlosen zu berücksichtigen. (DB)

Verbandsaustausch über ein gemeinsames Informationsschreiben zum Network-Marketing am 26.11.2020

Da den Deutschen Gehörlosen-Bund seit dem Sommer immer wieder Warnungen vor unseriösen Network-Marketing-Systemen erreichen, wurde ein allgemeines Informationsschreiben verfasst. In dem Schreiben wird auf den Unterschied zwischen Network-Marketing und (verbotenen) Schneeballsystemen hingewiesen. Das Schreiben ging an die Landes- und Fachverbände des DGB und enthielt ein Angebot zur Mitwirkung sowie die Einladung zu einem gemeinsamen Austausch per Zoom am 26.11.2020. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass vier Verbände teilnahmen: die Landesverbände der Gehörlosen Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der Deutsche Gehörlosen-Sportverband. Der Stadtverband Dresden beteiligte sich schriftlich. Der Entwurf soll noch einmal überarbeitet werden und gemeinsam mit anderen Verbänden inklusive einer DGS-Übersetzung veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung wird Mitte Dezember 2020 angestrebt. (WZ)

2./3. Lesung zum Kostenrechtsänderungsgesetz am 27.11.2020

Die 2./3. Lesung zur JVEG-Novellierung wurde am 27. November 2020 live in Gebärdensprache und mit Untertiteln auf der Webseite des Deutschen Bundestags übertragen.

Der Bundestag hat einstimmig die Änderungen des Justizkosten- und des Rechtsanwaltsvergütungsrechts beschlossen. In seiner Beschlussempfehlung hat der Rechtsausschuss des Bundestages wie vom Bundesrat gewünscht den Stundensatz im JVEG von 90 Euro auf 85 Euro gesenkt. Von 75 Euro soll der Stundensatz der Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch ab dem 01.01.2021 auf 85 Euro erhöht werden. Das Gesetz muss am 18. Dezember 2020 noch den Bundesrat passieren, damit es am 1. Januar 2021 in Kraft treten kann. Über diese 2./3. Lesung hat Helmut Vogel im DGB-Film Nr. 26/2020 zusammenfassend berichtet. (DB)



Screenshot: DGB

Politische Partizipation in Europa – Wege zu einer wirkungsvollen Beteiligung von Menschen mit Behinderung – Digitalkonferenz des BMAS am 30.11.2020

Am 30. November 2020 fand eine digitale Konferenz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zum Thema „Politische Partizipation in Europa – Wege zu einer wirkungsvollen Beteiligung von Menschen mit Behinderung“ per Zoom statt. Vortragende und Diskutierende waren: Daphne Ahrendt, Forscherin bei Eurofound; Andreas Bethke, Geschäftsführer des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes e. V.; Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen; Prof. Dr. Ulrike Lembke, Professorin für Öffentliches Recht, Antidiskriminierungsrecht und Geschlechterstudien, Humboldt-Universität zu Berlin; Alejandro Moledo, Politischer Koordinator, European Disability Forum; Joost Korte, Generaldirektor der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Inklusion der Europäischen Kommission sowie Dr. Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im BMAS. Die Vorträge wie auch die Diskussion stellten die Frage in den Mittelpunkt, wie gut Menschen mit Behinderungen in der EU politisch partizipieren: Wie werden Menschen mit Behinderungen eingebunden, wenn für sie wichtige Entscheidungen getroffen werden? Wie viele von ihnen können sich einbringen? Somit ging es darum, wie leicht oder schwer es allgemein für Menschen mit Behinderungen ist, sich zu Wort zu melden und von der Gesellschaft gehört zu werden – ganz im Sinne einer politischen Willensbildung. Es wurde festgehalten, dass Partizipation eine der acht wichtigen europäischen Strategien für Menschen mit Behinderungen ist, die die EU-Kommission seit 2010 verfolgt. Politische Teilhabe ist ein Recht, das sich in Artikel 29 der UN-BRK wiederfindet. Wie zeigt sich nun die Umsetzung in den verschiedenen Ländern der EU? Welche Fortschritte konnten erzielt werden, wo besteht noch Handlungsbedarf?

Joost Korte, Generaldirektor der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Inklusion der Europäischen Kommission, betonte, dass man mit der Einführung des Rechtsakts zur Barrierefreiheit, mit der Entwicklung der Web-Zugänglichkeitsrichtlinie, mit der Arbeit zu Fahrgastrechten sowie mit den EU-Strukturfonds bereits erfolgreich war. Erfolgreich war auch die Implementierung des europäischen Behindertenausweises, den es bereits in acht Mitgliedsstaaten der EU gibt. Ein weiterer Erfolg ist die zunehmende Teilnahme von jungen Menschen mit Behinderungen an Programmen wie Erasmus+ und an EU-übergreifenden Sportveranstaltungen. In einer neuen Strategie werde nun die vollständige wirtschaftliche und soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Gleichberechtigung auf allen Ebenen angestrebt, so Korte. Weitere wichtige Themen waren die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, Wohnen, der vollständige Zugang zur Gesundheitsversorgung und der Zugang von Menschen mit Behinderungen zu inklusiver Bildung. Daphne Ahrendt, Forscherin bei Eurofound, bestätigte, wie wichtig Bildung für Menschen mit Behinderung in diesem Zusammenhang ist: In ihrer jüngsten Studie konnte sie nachweisen, dass Menschen mit Behinderungen umso weniger politisch engagiert sind, je geringer der Bildungsabschluss ist.

Alejandro Moledo vom European Disability Forum, der Dachorganisation der europäischen Behindertenorganisationen, hob hervor, dass noch längst nicht alle Menschen mit Behinderungen in Europa in

ihrem Land wählen gehen können. Weder die Wahlprogramme noch die Wahllokale sind barrierefrei zugänglich. Es fehlt z. B. an grundlegenden Informationen zu Wahlen in Gebärdensprache und Leichter Sprache, Wahlzettel sind nicht in Braille-Schrift verfügbar etc. Hier braucht es flächendeckend barrierefreie Rahmenbedingungen, denn freie Wahlen sind ein Grundpfeiler der Demokratie.

An Herrn Schmachtenberg ging die Frage, wie man die politische Partizipation fördern könne. Er sieht einen wichtigen Impuls in der Einführung der Partizipationsförderung, die weiter ausgebaut werden solle. So könnte man Menschen mit Behinderungen stärken, an ihre eigenen Kompetenzen anknüpfen, ihnen Zugänge ermöglichen und sie noch deutlicher beteiligen.

Alle Vortragenden waren sich einig, dass der Weg zu mehr politischer Partizipation vor allem über konsequent barrierefreie Information geht – denn Information ist wiederum der Weg zu Demokratie. Jürgen Dusel als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen knüpfte hier an und schloss mit der Forderung, dass Menschen mit Behinderung, die ein politisches Amt anstreben, selbstverständlich Assistenz erhalten sollten. Ebenso schlug er vor, auch Partizipationsfonds auf Landesebene zu implementieren und noch stärker junge Menschen mit Behinderungen im Blick zu haben und ihr politisches Interesse zu befördern. (AG)

2. BARCAMP SELBSTHILFE am 01.12.2020

Michael Wohlfahrt, Schatzmeister des DGB, und Daniel Büter, Referent für politische Arbeit, nahmen am 01.12.2020 am „2. BARCAMP SELBSTHILFE“ per Zoom-Videokonferenz teil. Es gab drei Themenschwerpunkte: die Selbsthilfeförderung, die Gesundheits- und Behindertenpolitik und das Nationale Gesundheitsportal. Hinsichtlich der Selbsthilfeförderung wurden die Förderverfahren für die Pauschalförderung auf Bundesebene und die neuen Förderformulare erläutert. In Bezug auf die Gesundheits- und Behindertenpolitik wurden drei verschiedene Gesetzentwürfe zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung, zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege und zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen sowie die Schwerpunkte der Arbeit des Deutschen Behindertenrates diskutiert. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat vor Kurzem das Nationale Gesundheitsportal unter www.gesund.bund.de gelauncht. Dieses wurde viel kritisiert. Der DGB wird seine Fehlerkorrekturen der BAG SELBSTHILFE und dem BMG per Mail zusenden. (DB)

Austausch mit dem Bundesverband der GebärdensprachdolmetscherInnen Deutschlands und dem Berufsverband der tauben GebärdensprachdolmetscherInnen am 12.10.2020, 10.11.2020, 17.11.2020 und 02.12.2020

Seit Beginn der Corona-Pandemie gab es zwischen dem Deutschen Gehörlosen-Bund, dem Berufsverband der GebärdensprachdolmetscherInnen Deutschlands (BGSD) und dem Berufsverband der tauben GebärdensprachdolmetscherInnen (tgSD) regelmäßig ein- oder zweimal monatlich einen Austausch.



Screenshot: Markus Meincke

Helmut Vogel, Präsident des DGB, Steffen Helbing, 2. Vizepräsident und Daniel Büter, Referent für politische Arbeit, trafen sich an den Abenden am des 12.10.2020, 10.11.2020, 17.11.2020 und des 02.12.2020 mit Alexandra Lorenz, der 1. Vorsitzenden des BGSD, Karina Knipping, der 2. Vorsitzenden des BGSD und Markus Meincke, Vertreter des tgSD. Per Zoom-Videokonferenz besprachen sie verschiedene Themen: den Entwurf der „Standardisierung der Bereitstellung von Angeboten in Gebärdensprache – Richtlinien für die deutsche Medienlandschaft“, das Verwertungsrecht, die Rolle des Bundesministeriums für Gesundheit in der Schlichtungsphase, die Corona-Hotline und die JVEG-Novellierung im

aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Bundesrats und des Bundestags. Der Austausch war intensiv und aktuelle Themen konnten gemeinsam konstruktiv bearbeitet werden. (DB)

DBR-Welttagsveranstaltung am 03.12.2020

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen führte der Deutsche Behindertenrat (DBR) am 3. Dezember 2020 von 12:30 Uhr bis 16 Uhr erstmals eine digitale Veranstaltung per Livestream durch. Die DBR-Sprecherratsvorsitzende 2020 und Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele, begrüßte die Gäste und hielt eine Rede.



Fotos: DBR

Dann stellte die Vizepräsidentin des Sozialverbandes Deutschland (SoVD), Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, in ihrer Rede das Forderungspapier des DBR zur Reform des Antidiskriminierungsrechts bzw. des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vor. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD von 2018 heißt es, dass im Rahmen der Weiterentwicklung des AGG geprüft werden solle, wie Private, die Dienstleistungen für die Allgemeinheit erbringen, angemessene Vorkehrungen umsetzen können. Leider wurde dieser Punkt bis heute jedoch nicht umgesetzt. Deshalb ging der DBR jetzt in die Offensive und legte seine Vorschläge in einem Forderungspapier vor. Auch private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen müssen endlich zu Barrierefreiheit verpflichtet werden. Das AGG ist der richtige Ort dafür. Für die öffentlichen Träger ist das parallel schon im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) geregelt. Klar ist, dass die Umsetzung nicht von heute auf morgen gelingt. Denn in vielen Bereichen müssen Standards erst noch entwickelt werden. Aber ein klares Ziel und ein zeitlicher Umsetzungsrahmen müssen endlich verbindlich festgeschrieben werden! Vier Jahre sind dafür realistisch!

Die Vorschläge des DBR für parallele Schritte beinhalten die folgenden Punkte:

- Wo fachliche Standards bestehen, da müssen sie auch angewendet werden.
- Wo fachliche Standards noch nicht bestehen, müssen sie zügig erarbeitet werden.
- Mittels „Zielvereinbarungen“ konkretisieren private Anbieter und Behindertenverbände, welche Barrieren bis wann abzubauen sind.
- Außerdem braucht es mehr Inklusionsvereinbarungen in Unternehmen. Denn Barrierefreiheit hilft nicht nur der Belegschaft, sondern auch den Kund/-innen.
- Schließlich sollte auch die Privatwirtschaft in Schlichtungsverfahren zur Barrierefreiheit einbezogen werden.

Außerdem brauchen private Anbieter Anreize, z. B. Beweisregelungen im AGG, Barrierefrei-Siegel und Förderprogramme.

Die Reform des AGG ist behindertenpolitisch dringend erforderlich. Es wird erwartet, dass der Gesetzgeber jetzt zügig aktiv wird und die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen umsetzt.

Anschließend nahmen Bernhard Franke, kommissarischer Leiter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Horst Frehe, Vorsitzender der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL), und Christiane Möller, Justiziarin beim Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV), an einer Diskussionsrunde zum AGG teil.



Fotos: DBR

Im Anschluss an diese Diskussionsrunde trug Dorothee Czennia, Referentin für Behindertenpolitik beim Sozialverband VdK, Fragen aus dem Chat vor, die Zuschauer/-innen des Livestreams während der Veranstaltung stellen konnten. Diese wurden dann von den Expert/-innen in der Diskussionsrunde beantwortet.

An der zweiten Diskussionsrunde zum Thema „Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderungen“ nahmen Verena Bentele, Dr. Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im BMAS, und der Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel teil. Die Corona-Krise hat bereits bestehende Problemlagen verschärft. Umso wichtiger ist es dem DBR, dass für Menschen mit Behinderung die Teilhabe sichergestellt wird.



Fotos: DBR

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, verkündete in seiner Rede überraschend, dass die Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die keine Menschen mit Behinderung beschäftigen, verdoppelt werden soll.



Foto: DBR

Nach einer kurzen Pause sprachen Verena Bentele und die neue Sprecherratsvorsitzende Hannelore Loskill, Vorstandsvorsitzende der BAG Selbsthilfe, über die Zukunft des DBR-Sekretariats. Den Abschluss der Veranstaltung bildete der große Moment, als der Sprecherratsvorsitz mit dem DBR-Staffelstab symbolisch vom Sozialverband VdK an die BAG Selbsthilfe übergeben wurde. Die BAG Selbsthilfe

übernimmt den Vorsitz im Aktionsbündnis der Verbände und die Koordinierung der gemeinsamen Arbeit der Verbände im kommenden Jahr.



Fotos: DBR

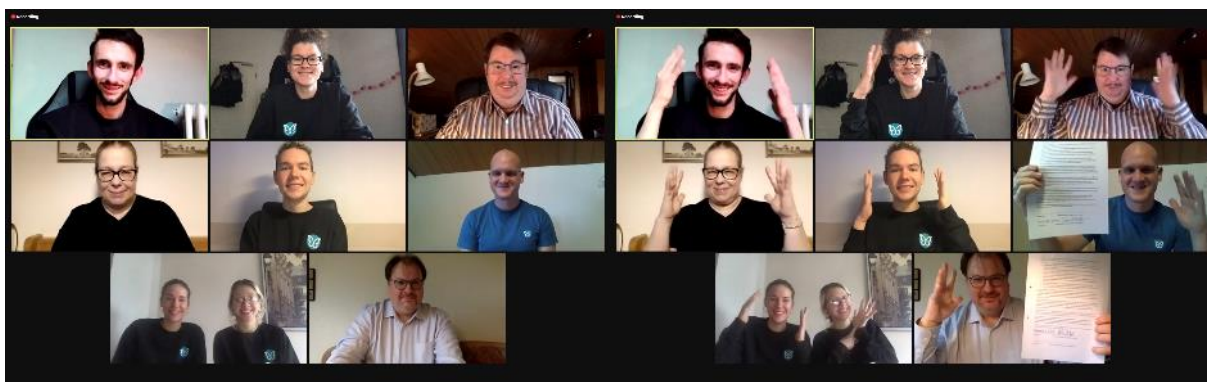
Die Veranstaltung wurde im Livestream mit zwei Gebärdensprachdolmetscherinnen und zwei Schriftdolmetscherinnen in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertiteln übertragen. Allerdings konnten Helmut Vogel, Wille Zante und Daniel Büter den Livestream nicht gleichzeitig im Team mitverfolgen, weil dieser leider nicht funktionierte und hakte. Das Bild war die meiste Zeit eingefroren. Nachträglich wurde der Videofilm auf YouTube zur Verfügung gestellt und ist unter dem Link [hier](#) abrufbar. Abgesehen von dieser technischen Übertragungspanne verlief die Veranstaltung jedoch sehr gut. (DB)

DBR-Vollversammlung am 04.12.2020

Daniel Büter nahm am 4. Dezember 2020 an der Vollversammlung des DBR per Zoom-Videokonferenz teil. Es gab eine Aussprache und Reflexion über die Welttagsveranstaltung und den Tätigkeitsbericht des DBR. Der Sozialverband VdK Deutschland e. V. hat das DBR-Sekretariat im Jahr 2020 sehr gut geleitet und gute Arbeit geleistet. Der DGB bedankt sich dafür herzlich. Zum Schluss wurden politische Themenschwerpunkte des DBR für das Jahr 2021 benannt und diskutiert. (DB)

Kooperationsvereinbarung zwischen dem DGB und der DGJ am 05.12.2020

Der 5. Dezember 2020 war ein wichtiger Tag für die Deutsche Gehörlosen-Jugend und den Deutschen Gehörlosen-Bund. Fünf Personen vom Vorstand der DGJ und drei Personen des Präsidiums des DGB trafen sich zur ersten gemeinsamen Sitzung per Zoom. Nachdem alle Anwesenden sich einzeln vorgestellt hatten, wurde der Sinn und Zweck der Kooperationsvereinbarung zwischen der DGJ und dem DGB erläutert.



Fotos: Mina Neumann (DGJ)

Die Vorbereitungen haben mit Unterbrechungen zwei Jahre gedauert. Das Ziel ist die verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der DGJ. Der Präsident des DGB, Helmut Vogel, und der Vorsitzende der DGJ, Daniel Beilborn, unterzeichneten die Kooperationsvereinbarung. Die Anwesenden freuten sich über diesen wichtigen Schritt. Nachdem die DGJ 2004 vom Fachausschuss Jugend beim DGB und den Jugendbeauftragten der Landesverbände gegründet worden ist, ist die DGJ seit 2005 ordentliches Mitglied des DGB. Die DGJ ist die Bundesjugendorganisation für taube Kinder und Jugendliche. Zum Schluss vereinbarten die Anwesenden eine erste längere gemeinsame Sitzung im Januar 2021. (HV)

4.–6. Gesprächsrunde mit den Landesverbänden zum Thema der JVEG-Novellierung und zur KHV am 04.12.2020, am 07.12.2020 und am 09.12.2020

In drei weiteren stundenlangen Gesprächsrunden an den Abenden des 04.12.2020, des 07.12.2020 und des 09.12.2020 wurde die Diskussion über die Vergütung der Gebärdensprachdolmetscher/-innen und die Kommunikationshilfenverordnung (KHV) nach § 9 BGG fortgesetzt. Bis zu 11 Vorstände der Landesverbände der Gehörlosen und der Deutschen Gehörlosen-Jugend, bis zu zwei Vorstände der Fachverbände, das DGB-Fachteam „Taubblinde“ und Daniel Büter vom DGB kamen unter der Moderation von Helmut Vogel für einen intensiven und produktiven Austausch im Rahmen einer Zoom-Video-Konferenzen zusammen.

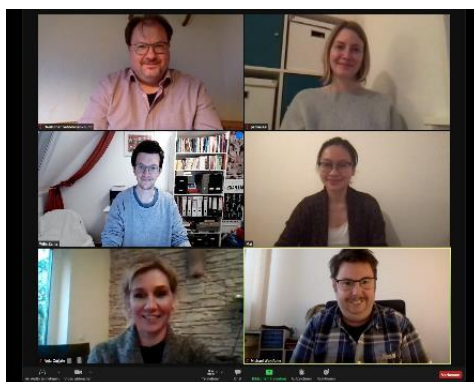
Die Erhöhung des Honorars für Gebärdensprachdolmetscher/-innen kann negative Auswirkungen auf die Gehörlosen- und Gebärdensprachgemeinschaft zur Folge haben, z. B. Kostensteigerung, finanzielle Belastungen, weniger Dolmetschaufträge und eine Einschränkung von Teilnahmemöglichkeiten. Schließlich haben wir uns auf eine gemeinsame Position geeinigt: Das Honorar für die Dolmetschleistung und das Honorar für die Fahrzeit sollen nicht gleichgestellt werden. Denn die Verdolmetschung für Deutsche Gebärdensprache und Deutsch ist eine sehr anspruchsvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit, die Fahrt hingegen nicht. Deshalb soll ein neuer Satz zur Fahrzeitenregelung in der KHV ergänzt werden. Dies soll in Gesprächen mit dem BMAS weiter geklärt werden. Im Jahr 2021 werden der DGB und die anwesenden Verbände das Thema Qualitätssicherung bzgl. Gebärdensprachdolmetschen verfolgen. (HV)

Zwei Gespräche mit dem BMAS am 25.11.2020 und 09.12.2020

Nach dem ersten Gespräch am 25.11.2020 wurde das Gespräch mit dem BMAS am 09.12.2020 fortgesetzt. Diesmal sprachen der Präsident des DGB, Helmut Vogel, und Daniel Büter mit Frau Dr. Carola Brückner und Frau Dr. Mirka Senke von der Abteilung Behindertenpolitik beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales und vermittelten die gemeinsame Position bzw. die Ergebnisse der Gesprächsrunde mit den Landesverbänden der Gehörlosen. Beide nahmen die Vorschläge zur Kenntnis und äußerten Verständnis für diese Position. Sie werden sich mit den zwei Bundesministerien besprechen und uns dann mitteilen, ob die Änderung der KHV bezüglich der Fahrzeitregelungen möglich ist. (DB)

Übergabegespräch am 8.12.2020 zum Projekt „4. Bildungskongress“

Seit Mitte August 2020 trifft sich das Projektteam, das die aufgrund der Corona-Pandemie abgebrochenen Planungen für den 4. Bildungskongress und den Aufbau der neuen Website zum bimodal-bilingualen Leben fortsetzt. Die Treffen des Teams (mit Petra Alaei als hauptamtlicher Projektleiterin mit einer halben Stelle sowie Helmut Vogel und Michael Wohlfahrt als ehrenamtlichen Projektverantwortlichen) fanden regelmäßig per Zoom-Video-Konferenz statt. Das Projektteam wurde ab Mitte November um zwei Personen von der Bundesgeschäftsstelle erweitert: Ngoc Mai Nguyen ist für den Bereich Technik zuständig und Wille Zante für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Letzterer arbeitet zusammen mit dem Programmierer Ilja Khenkine an der Fertigstellung der neuen Homepage. Leider gibt es eine personelle Änderung in der Bundesgeschäftsstelle: die Projektleiterin Petra Alaei hört Ende Dezember 2020 nach einem Jahr mit ihrer Tätigkeit beim DGB auf. Wir danken Petra Alaei für die hervorragende Zusammenarbeit und wünschen ihr viel Erfolg für ihren weiteren beruflichen Weg.



Screenshot: DGB

Für allgemeine Kontaktanfragen wird Dr. Anja Gutjahr zuständig sein, die als Assistenz des Präsidiums ebenso wie als Assistentin des Projektteams tätig ist. Weitere Informationen werden mit der Eröffnung

der Homepage Anfang des nächsten Jahres bekannt gegeben. Der Bildungskongress wird am 16. und 17. April 2020 als eine Hybrid-Veranstaltung in Frankfurt am Main und online stattfinden. (HV)

Zwei Gesprächsrunden mit den Landesverbänden zum Thema Notruf-App am 08.12.2020 und am 17.12.2020

Bei zwei Gesprächsrunden tauschten sich der 2. Vizepräsident Steffen Helbig und Daniel Büter mit den Landesverbänden der Gehörlosen und der Deutschen Gehörlosen-Jugend über den aktuellen Stand der Entwicklung der Notruf-App des Bundes, über unsere politischen Handlungen bzw. unsere Strategie und über die Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den Landesverbänden auf der Bundes- und Landesebene aus. Dabei ging es auch um zwei Newsletter des Innenministeriums des Landes NRW und Ergebnisse des mit dem Ministerium geführten Telefongesprächs.



Screenshot: DGB

Der DGB hat die behindertenpolitischen Sprecher/-innen der Bundestagsfraktionen bereits kontaktiert. Sie haben eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt und Antworten erhalten. Deshalb bittet der DGB den Landesverband der Gehörlosen NRW, sich mit einigen Landtagsabgeordneten zu besprechen, die eventuell eine Kleine Anfrage an die Landesregierung NRW bzw. das Innenministerium NRW stellen können. Zum Beispiel kommen Peter Preuß (CDU), Josef Neumann (SPD), Stefan Lenzen (FDP) und Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) infrage. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil der DGB sich selbst nicht in die Politik auf der Landesebene einmischen darf bzw. kann. Es handelt sich somit um ein Beispiel für eine gute politische Strategie. Wir arbeiten weiter konstruktiv und hoffen, dass wir unserem schon jahrelang verfolgten Ziel, einen kostenfreien barrierefreien Notruf für die Gehörlosen sicherzustellen, endlich näherkommen können. (DB)

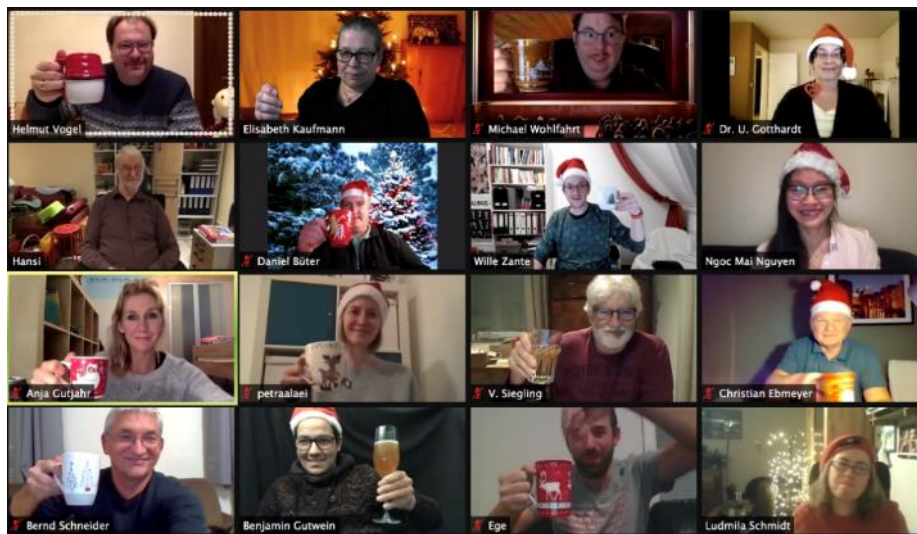
Telefongespräch mit dem Innenministerium NRW über die Notruf-App am 10.12.2020

Am Donnerstag, dem 10. Dezember 2020 telefonierte Daniel Büter vormittags über eine halbe Stunde lang mit dem Innenministerium NRW. Steffen Helbing konnte bei dem Gespräch leider nicht dabei sein. Das Innenministerium schilderte den aktuellen Stand der bundesweiten Notruf-App und die nächsten Schritte bei ihrer Einführung. Die Entwicklung der technischen Funktionalitäten der Notruf-App für Android und iOS ist noch nicht abgeschlossen. Im nächsten Schritt werden nun das User-Interface und die Bedienung programmiert. Für die Einbeziehung von Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen in dem beginnenden Verfahrensschritt hat das Innenministerium NRW gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben für Menschen mit Sinnesbehinderung NRW (KSL MSi NRW) beschlossen, eine Taskforce zu bilden. Das Innenministerium NRW hat dem DGB angeboten, sich an dieser Taskforce zu beteiligen. Wir halten dieses Angebot für erfreulich und haben zugesagt, dass Steffen Helbing und Daniel Büter den DGB in der Taskforce vertreten, am Test der ersten Prototypen-App teilnehmen und erstes Feedback geben. Das ist ein positiver Schritt für die Partizipation. Der Grundsatz der UN-BRK „Nichts über uns ohne uns!“ ist damit erfüllt. Wir haben außerdem gefragt, ob auch ein/-e Vertreter/-in des Landesverbandes der Gehörlosen NRW dabei sein könne. Das Innenministerium NRW wird dies mit dem KSL.NRW noch intern klären. Die „Task-Force“ soll aus zehn bis zwölf Personen bestehen. Außerdem besprachen wir die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes, insbesondere

den § 161 Notruf. Das Innenministerium NRW hat unsere Stellungnahme schon gelesen und findet sie sehr gut und ausführlich. Insgesamt ist das Telefongespräch konstruktiv verlaufen. (DB)

Auch online: Die Weihnachtsfeier des DGB am 10.12.2020

Am 10. Dezember trafen sich das Präsidium des DGB, die Beisitzer/-innen, die Fachteams und die Bundesgeschäftsstelle zu einer kleinen Weihnachtsfeier auf der Zoom-Plattform. Am Anfang bedankte sich der Präsident Helmut Vogel beim Präsidium, beim Beirat und bei den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle für das erfolgreiche gemeinsame Engagement im Jahr 2020. Ebenso wurde Helmut Vogel für die ehrenamtliche Leitung des DGB gedankt.



Screenshot: DGB

Dann erzählte die 1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann eine besinnliche Weihnachtsgeschichte. Unter den Anwesenden war man sich einig, dass das vergangene Jahr dem DGB vieles abverlangt hat, aber auch die politische Arbeit sowie die Öffentlichkeitsarbeit große Schritte nach vorne gemacht haben – auch durch die Schaffung neuer Stellen. Viel Arbeit, die vorher allein auf den Schultern von Daniel Bütter lastete, konnte gut an die Verwaltungsmitarbeiterin Ngoc Mai Nguyen und den Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit delegiert werden. Bei der Weihnachtsfeier wurde Petra Alaei als Projektleiterin des Bildungskongresses verabschiedet. Zu den großen Erfolgen des Jahres zählen die Dolmetscheinblendung bei Pressekonferenzen des Bundeskanzleramtes, die feste Einstellung von Dolmetscher/-innen beim Bundespresseamt sowie der Besuch bei Bundespräsident Steinmeier im August und die daraus resultierende Grußbotschaft zum Internationalen Tag der Gebärdensprachen am 23. September. Auch an den Warntag mit dem legendären „Also, wir haben nix gehört“-Tweet wurde erinnert. Das Jahr 2020 hatte also nicht nur Herausforderungen, sondern auch viele Erfolge zu bieten, und es war für alle Mitglieder des Präsidiums und des Beirats eine schöne Gelegenheit, dass sich alle noch einmal sehen konnten. Der Abend endete mit einer gemeinsamen Grußbotschaft an die DGB-Mitglieder und die Gehörlosen- und Gebärdensprachgemeinschaft. (WZ)

Online-EUD-Mitgliederversammlung am 12.12.2020

Aufgrund der Corona-Pandemie fand die EUD-Mitgliederversammlung per Zoom-Videokonferenz am Samstag, dem 12. Dezember 2020 statt.

Der EUD-Präsident, Markku Jokinen aus Finnland, eröffnete die Mitgliederversammlung und begrüßte die Delegierten der 30 nationalen Gehörlosenverbände, darunter den 2. Vizepräsidenten des DGB Steffen Helbing. Eigentlich sollte die Mitgliederversammlung im Mai 2020 in Zagreb in Kroatien stattfinden, musste aber leider ausfallen. Im Jahr 2020 ist die EUD 35 Jahre alt geworden, die Jubiläumsfeier konnte jedoch nicht stattfinden.

Die EUD-Mitgliederversammlung wurde mithilfe zweier Dolmetscher/-innen für International Sign und Englisch und eines Untertiteldienstes bereitgestellt, da das Protokoll mit dem endgültigen Transkript durch den Untertiteldienst viel schneller erstellt werden kann.

Weil es sich um die erste Mitgliederversammlung handelte, die virtuell stattfand, war die Tagesordnung kürzer und konzentrierte sich vor allem auf die Genehmigung des Arbeitsprogramms und von

- Stellungnahme 10/2020 „DGB-Info – Gemeinsame Stellungnahme von DGB, DGS, DGJ und tgsd zu MLM und Network Marketing“ (22.12.2020)

DGB-Bericht

- Bericht 06/2020 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Juli, August und September 2020“ (08.10.2020)
- Bericht 07/2020 „Erfolgreiche erste vollständig online stattfindende Bundesversammlung“ (09.12.2020)
- Abschlussbericht für das von Juli 2017 bis Juni 2020 laufende Projekt „Intensivierung der Verbandsarbeit und mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen“ (Oktober 2020)

DGB-Filme

- Film 21/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln „DGB-Pressemitteilung 09/2020 – Sicher und gut informiert gemeinsam durch die 2. Welle kommen!“ (22.10.2020)
- Film 22/2020 in Gebärdensprache „Grußwort des DGB-Präsidenten Helmut Vogel zur Bundesversammlung des DGB am 30. und 31. Oktober 2020 in Berlin“ (29.10.2020)
- Film 23/2020 in Gebärdensprache „DGB-Pressemitteilung 11/2020 – Endlich: Verdoppelung der Behinderten-Pauschbeträge nach 45 Jahren und Einbeziehung von Taubblinden“ (20.11.2020)
- Film 24/2020 in Gebärdensprache „Zusammenfassung der DGB-Stellungnahme 08/2020 zum Referentenentwurf zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes“ (20.11.2020)
- Film 25/2020 in Gebärdensprache „Von der Vizepräsidentin und kommissarischen Frauenbeauftragten des DGB, Elisabeth Kaufmann, kommt eine Videobotschaft zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen.“ (25.11.2020)
- Film 26/2020 in Gebärdensprache „Zur Beschlussfassung des Kostenrechtsänderungsgesetzes inkl. Änderung des JVEG“ (27.11.2020)
- Film 27/2020 in Gebärdensprache „Bericht über die 2020er Bundesversammlung“ (09.12.2020)
- Film 27-01/2020 in Gebärdensprache „Präsidiumsbericht von Helmut Vogel zur DGB-Bundesversammlung“ (09.12.2020)
- Film 27-02/2020 in Gebärdensprache „Bericht von Helmut Vogel über die Fachteams“ (09.12.2020)
- Film 27-03/2020 in Gebärdensprache „Tätigkeitsbericht von Elisabeth Kaufmann“ (09.12.2020)
- Film 27-04/2020 in Gebärdensprache „Tätigkeitsbericht von Steffen Helbing“ (09.12.2020)
- Film 27-05/2020 in Gebärdensprache „Tätigkeitsbericht von Steffen Helbing“ (09.12.2020)
- Film 27-06/2020 in Gebärdensprache „Tätigkeitsbericht von Dr. med. Ulrike Gotthardt“ (09.12.2020)
- Film 27-07/2020 in Gebärdensprache „Künftige Zusammenarbeit DGSV und DGB“ (09.12.2020)
- Film 27-08/2020 in Gebärdensprache „Kooperationsvereinbarung DGB und DGJ“ (09.12.2020)
- Film 27-09/2020 in Gebärdensprache „Tätigkeitsbericht von Benjamin Gutwein (Beirat Taubblind)“ (09.12.2020)
- Film 27-10/2020 in Gebärdensprache „Tätigkeitsbericht von Volker Siegling (AG DGB 2.0)“ (09.12.2020)
- Film 27-11/2020 in Gebärdensprache „Tätigkeitsbericht von Prof. Dr. Christian Rathmann (AG DGS als Minderheitensprache)“ (09.12.2020)
- Film 27-12/2020 in Gebärdensprache „Thema Stiftung Anerkennung und Hilfe (Christian Ebmeyer)“ (09.12.2020)
- Film 27-13/2020 in Gebärdensprache „Abschlussbericht von Daniel Büter“ (23.10.2020)
- Film 27-14/2020 in Gebärdensprache „Tätigkeitsbericht von Wille Zante“ (09.12.2020)
- Film 27-15/2020 in International Sign „EUD Actions during the COVID-19 pandemic“ (09.12.2020)
- Film 28/2020 in Gebärdensprache „Gemeinsame Stellungnahme von DGB, DGS, DGJ und tgsd zu MLM und Network Marketing“ (22.12.2020)
- Film 29/2020 in Gebärdensprache „DGB-Pressemitteilung 12/2020: Erhöhung der Ausgleichsabgabe in den Jahren 2021 und 2022“ (17.12.2020)
- Film 30/2020 in Gebärdensprache „DGB-Stellungnahme 09/2020: Gehörlose und Taubblinde sollen nicht in letzter Personengruppe geimpft werden!“ (21.12.2020)
- Film 31/2020 in Gebärdensprache „Weihnachtsgrüße des DGB 2020“ (18.12.2020)

Vorschau:

16.–17.04.2021	4. Bildungskongress in Frankfurt/Main
25.–27.06.2021	Vorbereitende Länderratssitzung
Sommer/Herbst 2021	Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur 20. Bundestagswahl mit Wahlprüfsteinen des DGB
23.09.2021	4. Internationaler Tag der Gebärdensprachen in Berlin
26.09.2021	20. Bundestagswahl
29.–31.10.2021	Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Kiel
25.–27.11.2021	4. Internationale Konferenz des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) in Bangkok (Thailand)
26.-27.11.2021	Mitgliederversammlung der BAG SELBSTHILFE in Königswinter
14.-17.06.2023	7. Deutsche Kulturtage der Gehörlosen in Friedrichshafen

Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Kontakt

Daniel Büter

Referent für politische Arbeit

E-Mail: d.bueter@gehoerlosen-bund.de

Wille Felix Zante

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: w.zante@gehoerlosen-bund.de